

**Ausführungen von  
VCI-Präsident Dr. Klaus Engel  
anlässlich des Parlamentarischen Abends des VCI  
in Berlin am 13. April 2011**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ereignisse in **Japan** haben uns alle zutiefst erschüttert. Wir fühlen uns eng verbunden mit unseren Freunden und Partnern in Japan. Ich bin selbst nach Japan gereist, um unseren Evonik-Mitarbeitern und ihren Familien meinen Respekt, meine Anteilnahme und mein Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen. Auch habe ich mir einen persönlichen Eindruck von der Situation in Japan machen wollen. Das Wichtigste: Unsere Mitarbeiter sind von der Naturkatastrophe Gott sei Dank alle unversehrt geblieben. Auch unsere Standorte sind unbeschädigt und in weiten Teilen Japans wird bereits wieder „relativ normal“ produziert, gearbeitet und gelebt. Die Katastrophe in Japan hat die energiepolitischen Koordinaten in Deutschland verschoben. Für die langfristige Nutzung der Kernenergie ist in Deutschland keine gesellschaftliche Mehrheit zu gewinnen. Die Bundesregierung hat schnell auf die großen Zweifel in der Bevölkerung an der Beherrschbarkeit der Atomkraft reagiert. Dies war ein erster wichtiger Schritt.

Viele Zeichen deuten darauf hin, dass mit dem Moratorium eine Grundsatzentscheidung gegen die weitere Nutzung der Kernenergie in Deutschland verbunden ist. Gleichzeitig muss das Atom-Moratorium aber auch eine neue Energiepolitik zur Folge haben. Denn das im Herbst letzten Jahres verabschiedete **Energiekonzept** ist heute Makulatur; ein neues schlüssiges und widerspruchsfreies Energiekonzept muss formuliert werden. Welche Auswirkungen hat das auf die Chemie? Für die chemische Industrie ist das Thema Energiepolitik von besonderem Interesse, weil viele chemische Prozesse sehr energieintensiv sind. So verbraucht etwa die deutsche chemische Industrie ein Zehntel des gesamten deutschen Energiebedarfs.

Viele unserer Anlagen laufen rund um die Uhr. Für uns ist deshalb eine stabile Grundlastversorgung entscheidend. Tragende Säulen der Grundlast sind zur Zeit Kohle und Kernkraft. Keine Technologie ist alternativlos, auch die Kernkraft nicht. Nur: Jede Alternative hat ihren Preis. Sicherlich werden Erneuerbare Energien in Zukunft einen kontinuierlich wachsenden Anteil an der Energieversorgung tragen. Wir werden aber auch über technisch verbesserte Kohle- und Gaskraftwerke nachzudenken haben. Letztendlich muss es darum gehen, zu verhindern, dass

die industriellen Wertschöpfungsketten in Deutschland reißen, weil die Produktion aufgrund steigender Energiepreise verlagert wird.

Wirtschaftliche Lage Sehr geehrte Damen und Herren, die grundlegende Frage, wie unsere künftige Energieversorgung aussieht, fällt in eine Zeit, in der die deutsche chemische Industrie gerade eine sehr schwere Wirtschaftskrise überwunden hat: Das Chemiegeschäft hat sich im vergangenen Jahr rasch und dynamisch erholt. Der Umsatz stieg wieder auf gut 170 Milliarden Euro. Heute haben die meisten Chemieunternehmen das Vorkrisenniveau von 2008 wieder erreicht. Für das laufende Jahr gehen wir von einem Produktionszuwachs von 2,5% aus. Das wirtschaftliche Umfeld bleibt schwierig, nicht erst seit den Ereignissen in Japan:

Der in den letzten Monaten gestiegene Ölpreis, die instabile Lage in Nordafrika, die anhaltende Schuldenkrise, die daraus resultierende Haushaltskonsolidierung und die schwache Baukonjunktur sind nur einige Herausforderungen, vor denen unsere Unternehmen stehen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme nun zu fünf politischen Themen, die uns als chemische Industrie zurzeit sehr beschäftigen:

Industrieland Deutschland stärken Die Industrie ist ohne Frage das Fundament der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Sie bietet 5,7 Millionen Menschen überdurchschnittlich gut bezahlte Arbeitsplätze und erbringt rund ein Viertel der deutschen Wirtschaftsleistung. Damit die Industrie ihre Stärken noch besser ausspielen kann, brauchen wir in Deutschland einen **industriepolitischen Gesamtansatz**, der die vielen Einzelthemen ressortübergreifend bündelt. Ziel sollte eine industriepolitische Strategie sein, die darauf gerichtet ist, in Deutschland verlässliche und wettbewerbsfähige Bedingungen für die industrielle Produktion zu schaffen.

Energie und Klima Energie muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Diese Leitlinie verfolgen wir auch bei den drei großen Vorhaben, die derzeit auf der politischen Agenda stehen: *Kompensation für Emissionshandel* Der Emissionshandel betrifft besonders die energieintensiven Industrien. Bei der Novellierung des deutschen Umsetzungsgesetzes TEHG kommt es daher darauf an, eine finanzielle **Kompensation** für die steigenden Strompreise ab 2013 vorzusehen. Das wäre ein wichtiger Beitrag, um die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien in Deutschland zu sichern. *Energiebesteuerung ab 2013* Die Energiesteuern liegen heute in Deutschland deutlich über dem Niveau unserer europäischen und

internationalen Wettbewerber. Der **Energiesteuer-Spitzenausgleich** sorgt dafür, dass unsere stromintensiven Unternehmen des Produzierenden Gewerbes trotz Ökosteuern wettbewerbsfähig bleiben. Daran darf auch in Zukunft nicht gerüttelt werden.

*Klimaschutz* Immer deutlicher wird: Klimaschutz kostet Geld – sehr viel Geld. Dieses Geld muss aber erst mal jemand erwirtschaften. Voraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz ist daher immer **wirtschaftliches Wachstum**. Jede einseitige, weitere Verschärfung der europäischen Klimaziele würde die energieintensiven Industrien in Deutschland unverhältnismäßig belasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellen. Es wäre wahrlich ein „Schildbürgerstreich“, die energieintensiven Industrien erst mit einer überzogenen Klima- und Energiepolitik aus Deutschland und Europa zu vertreiben und anschließend deren Produkte aus weniger effizient produzierenden Drittstaaten zu importieren. Klarer wird auch: Klimaschutz gelingt nur mit Innovationen.

Die chemische Industrie trägt mit ihren Produkten wesentlich dazu bei, dass Kundenindustrien, der Energiesektor und die Verbraucher Energie und Treibhausgase einsparen können. Die Möglichkeiten im Bereich Energiesparen und CO<sub>2</sub>-armer Technologien sind aus meiner Sicht noch nicht ausgereizt. Hier sollte die Forschung stärker gefördert werden.

Steuerliche Forschungsförderung Um den Forschungsstandort Deutschland zu stärken, Wachstum zu fördern und die Innovationskraft der Firmen zu erhalten, sollte die Bundesregierung so rasch wie möglich die im Koalitionsvertrag vorgesehene **steuerliche Forschungsförderung** einführen. Sie sollte zeitlich unbegrenzt, flexibel, unbürokratisch und – trotz Haushaltskonsolidierung – ausreichend hoch sein.

Elektromobilität Die Chemie liefert die entscheidenden Bestandteile und Rohstoffe für moderne Hochleistungs-Batterien, die das Herzstück von Elektrofahrzeugen bilden. Hinzu kommen moderne Leichtbauwerkstoffe, die das Gewicht der Elektroautos deutlich senken können. Aus meiner Sicht kann das Industrieland Deutschland bei diesem Thema seine große Stärke im internationalen Wettbewerb ausspielen: Die intensive Vernetzung seiner industriellen Kernbranchen. Wichtig ist es jetzt, die Forschung und den Aufbau von Demonstrationsanlagen über alle Stufen der Wertschöpfung hinweg in Deutschland zu unterstützen. An dieser Stelle möchte ich dazu aufrufen, nicht willkürlich zwischen „grünen“ und „nicht-

**grünen“ Industrien** zu unterscheiden.

Elektroautos, Windkraftträder und Niedrigenergiehäuser sind nicht Produkte einzelner grüner Öko-Branchen, sondern das Ergebnis der Zusammenarbeit vieler Industriezweige. Es kommt darauf an, die industriellen Wertschöpfungsketten vom Anfang bis zum Ende zu betrachten. Denn wer kann entscheiden ob

**Elektroautos** „grüne“ Produkte sind, weil sie kein CO<sub>2</sub> ausstoßen oder „nicht-grün“, weil ihre Leistungsfähigkeit nur mithilfe von Hochleistungs-Batterien aus der Chemie erreicht wird? Sind **Offshore-Windanlagen** „grüne“ Produkte, weil sie Ökostrom erzeugen oder „nicht-grün“, weil die 60 Meter langen Rotorflügel erst durch Nanotechnologie möglich werden? Und sind moderne **Dämm-Materialien** „grüne“ Produkte, weil damit der Heizölverbrauch um bis zu zwei Drittel gesenkt werden kann oder „nicht-grün“, weil sie zunächst mit relativ hohem Energieeinsatz erzeugt werden müssen? Die Chemie hat großes Potential als „**Problemlöser**“ bei vielen der globalen gesellschaftlichen Herausforderungen. Angesichts der enormen Aufgaben, vor denen wir aktuell stehen, können wir es uns aus meiner Sicht nicht erlauben, bestimmte Schlüsseltechnologien, wie die **Biotechnologie** und die **Nanotechnologie** zu diskriminieren. Technologien finden gesellschaftliche Akzeptanz, wenn sie der Gesellschaft transparent sind. Dies erfordert einen glaubwürdigen, offenen Dialog. Wichtig ist, Vertrauen zu schaffen und es nicht zu verlieren.

Nanotechnologie Deutschland gehört in der Nanotechnologie zur Weltspitze und ist in Europa führend. Nano-Anwendungen bieten viele Chancen bei der Energieerzeugung, dem Klimaschutz und der Ressourcenschonung. Mit REACH gelten auch für Nanomaterialien die strengsten Vorschriften weltweit. Wir lehnen daher neue Kennzeichnungspflichten ab, auch ein Produktregister für Nanomaterialien wäre eine überflüssige Doppelregulierung.

Internationales Jahr der Chemie Sehr geehrte Damen und Herren, 2011 ist das Internationale Jahr der Chemie. Wir im VCI nehmen dies zum Anlass, um auf die Bedeutung der Chemie für unseren Alltag und die Zukunft Deutschlands hinzuweisen. Vor allem jungen Menschen wollen wir die faszinierenden Chancen und Möglichkeiten der Chemie nahe bringen. „**Chemie braucht Zukunft und Chemie hat Zukunft**“. Mit diesen Worten leitete Bundeskanzlerin Merkel Anfang Februar die deutsche Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr ein. Sehr geehrte Damen und Herren, überzeugen Sie sich selbst von der Zukunftsfähigkeit unserer Branche, zum Beispiele bei einer unserer zahlreichen Veranstaltungen in

diesem Jahr und nutzen Sie unseren Tag der offenen Tür am 24. September 2011, zu dem ich Sie herzlich einladen möchte. Nun aber freue ich mich auf gute Gespräche hier und heute. Das Buffet ist eröffnet.